

Nicht nur bei der Digitalisierung werden außerschulische Bildungsträger häufig vergessen

Über brennende Themen in der Bildungsarbeit informierte sich der Sprecher für Arbeitsmarktpolitik und Europäische Sozialpolitik der Bundestagsfraktion der Grünen Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn und die Direktkandidatin Stephanie Theiss bei Arbeit und Bildung e.V.

Der Digitalpakt zwischen Bund und Ländern sieht Finanzhilfen vor, um Schulen bei der Digitalisierung zu unterstützen. „Arbeit und Bildung e.V. hat sich hier beworben und wurde abgelehnt, weil wir als außerschulischer Lernort keine Schule sind“, erklärt Angelika Funk, eine der Geschäftsführerinnen von Arbeit und Bildung e.V. dem Besuch aus dem Bundestag. „Wir als Träger und die Zielgruppe, für die wir arbeiten werden ganz häufig einfach vergessen“ so Funk. Arbeit und Bildung e.V. unterstützt arbeitslose Menschen, Menschen mit Migration- oder Fluchthintergrund, Menschen mit Behinderung oder Jugendliche mit Schwierigkeiten im Übergang Schule und Beruf und hilft ihnen bei den Schritten in den Arbeitsmarkt. Kordula Weber, Partnerin in der Leitung, ergänzt: „Das macht sich mit ganz praktischen Dingen bemerkbar, zum Beispiel sind wir in den Corona-Verordnungen nicht zu finden. Wir haben durch Corona enorme Mehrkosten für Personal, zusätzliche Mieten für größere Räume und das alles bei gleichzeitig rückläufigen Projekten und Teilnehmendenzahlen“, so Weber. Steffen Rink, Abteilungsleiter Migration, fügt hinzu: „Wo staatliche Strukturen der Arbeitsvermittlung in der Corona-Krise geschlossen haben und Randgruppen der Gesellschaft ausgeschlossen wurden, haben die freien Bildungsträger einen Teil der Arbeit mit übernommen. Diese Arbeit ist nicht gefördert worden.“

Rink betonte auch die große Herausforderung der zeitlich befristeten förderprojektgesteuerten Arbeitsweise von Arbeit und Bildung e.V. „Gute Arbeit braucht eine Perspektive“, erklärt Rink. „Die Innovationskraft unserer Pädagog*innen ist sehr hoch. Dennoch arbeitet unsere Branche z.T. im Bereich des Mindestlohns. Über ein Vergabeverfahren erhält der billigste Anbieter den Zuschlag. Außerdem sind wir abhängig von Prüfverfahren, die uns eine Fülle von Dokumentationsarbeit bereitet und die neben der eigentlichen pädagogischen Arbeit gestemmt werden muss.“

Für Strengmann-Kuhn ist das ein grundsätzliches Problem. Er sieht eine mögliche Lösung in sogenannten Bildungsagenturen. Die Idee dahinter: unabhängig von der Bundesarbeitsagentur, soll die Vielfalt der freien Bildungsträger erhalten bleiben und die Vernetzung untereinander gefördert werden. Außerdem sollte Weiterbildung und lebenslanges Lernen als vierte Säule im Bildungssystem neben Vor- und Grundschule, weiterführende Schulen und Hochschulen gestärkt werden. „Wir wollen viel über die Arbeitslosenversicherung machen. Arbeitslose Menschen nehmen eher einen schlechten Job an, als eine Weiterbildung, weil sie es sich nicht leisten können. Durch ein Weiterbildungsgeld von 200,- neben dem Arbeitslosengeld soll den Menschen klar werden, dass sich Weiterbildung lohnt. Lebensbegleitendes Lernen ist eine Daseinsvorsorge, die wir brauchen. Dazu müssen wir wegkommen von der Flickschusterei von Projekt und Nachfolgeprojekt,“ so der Grünenpolitiker.

Kontakt Presse:

Arbeit und Bildung e.V., Kerstin Warnecke, Krummbogen 3, 35039 Marburg,
Tel.: 06421 / 33099-89, Mobil: 01525 / 4670421, presse@arbeit-und-bildung.de, www.arbeit-und-bildung.de

Ein weiteres Thema, das Angelika Funk vorbrachte, war das Förderinstrument § 16 i des Bundesteilhabegesetzes für langzeitarbeitslose Menschen. „Die gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit und der Schonraum, den sie bei uns haben, ist für diese Menschen enorm wichtig“, so Funk. Strengmann-Kuhn versicherte, dass er dieses Projekt von der bisherigen Befristung in ein dauerhaftes Arbeitsmarktinstrument überführen wolle.

Kordula Weber bedauerte eine nachlassende Förderung von Frauen. „Alleinerziehende Frauen brauchen Unterstützung auf dem Weg in den Arbeitsmarkt, nicht nur weil es zu wenig Teilzeitstellen bei Unternehmen gibt“, so Weber. Alle Vertreter*innen von Arbeit und Bildung e.V. sprachen die Notwendigkeit arbeitsmarktlicher Unterstützung für Geflüchtete an. Strengmann-Kuhn unterstrich die Wichtigkeit dieser Aufgabe, „weil uns die Einwanderung in unser Land erhalten bleiben wird. Die wird nicht nur durch Krieg und Armut ausgelöst, sondern zukünftig mehr und mehr auch durch die Klimakrise“.

Lobende Worte kamen von Strengmann-Kuhn über die europäischen Austauschprojekte von Arbeit und Bildung e.V., die für Nicht-Studierte Möglichkeiten bieten, den Horizont zu erweitern. Sie liefen, so Funk, während der Corona-Zeit kostenneutral, trotz erheblichem Mehraufwand. Auch die Initiative für ältere, vereinsamte Menschen wurde als „absolut richtig“ gelobt im Hinblick darauf, dass die Lebenserwartung steige und es mehr ältere Menschen gebe.

Strengmann-Kuhn, der als Volkswirt ursprünglich aus der Theorie der Arbeitsmarktökonomie komme, weiß den Blick in die Praxis zu schätzen, den er für den bundespolitischen Weitblick brauche. Bei Arbeit und Bildung e.V. hat er und Kollegin Stephanie Theiss einen vielfältigen Strauß praktischer Einblicke bekommen.



Bildunterschrift:

Politiker der GRÜNEN erhalten Einblick in die Praxis der Bildungsarbeit (v.li.: Angelika Funk Geschäftsleitung Arbeit und Bildung e.V., Volkhard Wolff Abteilungsleitung Behindertenförderung Arbeit und Bildung e.V., Kordula Weber Geschäftsleitung Arbeit und Bildung e.V., Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn Mitglied des Bundestages von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Stehanie Theiss Direktkandidatin der GRÜNEN für den Bundestag und Steffen Rink Abteilungsleiter Migration Arbeit und Bildung e.V.)

Bildquelle: Arbeit und Bildung e.V.

Kontakt Presse:

Arbeit und Bildung e.V., Kerstin Warnecke, Krummbogen 3, 35039 Marburg,
Tel.: 06421 / 33099-89, Mobil: 01525 / 4670421, presse@arbeit-und-bildung.de, www.arbeit-und-bildung.de